

# RATHAUSREPORT

## Neustart fürs Klinikum



Nun liegt er also vor – der Bericht der Untersuchungskommission zum Corona-Ausbruch im Klinikum „Ernst von Bergmann“. Vorgestellt wurde er im Rahmen der Hauptausschuss-Sitzung am 10. Februar durch die Leiterin der Untersuchungskommission, Anita Tack (DIE LINKE.) und ihrem Stellvertreter Prof. Hufert. Der Bericht liefert ein komplexes Bild der Situation im Klinikum und zeigt in vielen Feldern Handlungsbedarf, der auch über das Klinikum hinausweist und die Schwachstellen im Gesundheitssystem insgesamt in den Blick nimmt. Es wäre deshalb falsch, so der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Stefan Wollenberg, in einer ersten Einschätzung, jetzt je nach Blickwinkel nur einzelne Aspekte aus dem Bericht herauszugreifen und Einzelentscheidungen zu treffen. „Die kommunale Trägerschaft allein ist nicht genug. Auch das Zielbild des Klinikums muss stimmen.“, so Wollenberg. „Im Mittelpunkt muss die bestmögliche gesundheitliche Versorgung der Patient\*innen stehen. Wirtschaftliche Erwägungen müssen sich dem unterordnen. Und Gewinnerzielungsabsichten verbieten sich in jedem Fall.“

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters soll nun der Auftrag für eine umfassende Neuaufstellung des Klinikums erarbeitet werden.

Drei Workshops sind dazu geplant. Wichtige Aspekte aus Sicht der LINKEN sind dabei eine Stärkung des medizinischen und pflegerischen Bereichs in der Geschäftsführung, die bessere Einbeziehung der Belegschaft und auch die Stärkung und Qualifizierung des Aufsichtsrates. Genauso wichtig ist es aber, den Blick auch über das Klinikum hinaus zu richten. So braucht es auch auf Seiten der Verwaltung effektive Mechanismen, um die Erfüllung des Unternehmensauftrags und dessen Qualität tatsächlich kontrollieren zu können. Dieser Anspruch gilt nicht nur für das Klinikum, sondern für die kommunalen Unternehmen insgesamt. Und in das System der stationären Versorgung der Potsdamer\*innen müssen auch die weiteren Potsdamer Krankenhäuser einbezogen werden. Ohne sie wäre die Versorgung im vergangenen Frühjahr wohl bereits zusammengebrochen. Es liegt viel Arbeit vor dem Klinikum, der Verwaltung und auch den Stadtverordneten. Zerfasern darf der Prozeß dennoch nicht. Denn es müssen schnell Ergebnisse her, damit sich ein Geschehen wie im vergangenen Frühjahr nicht wiederholt.

Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzender

## Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Der gesamtgesellschaftliche Ausnahmezustand aufgrund der Pandemie macht natürlich auch vor der Stadtverordnetenversammlung nicht halt. Ich finde es allerdings zunehmend befremdlich,



wie einzelne Fraktionen versuchen, sich unter weitestmöglicher Dehnung der Geschäftsordnung mit zum Teil wenig durchdachten Anliegen Aufmerksamkeit zu verschaffen. So lagen uns allein zu dieser Sitzung sechs Dringlichkeitsanträge vor – das dürfte Rekord sein. Behandelt werden diese Anträge entsprechend zu Beginn der neuen Anträge, das Thema muss per Definition neu und von Dringlichkeit sein. Allein drei dieser Anträge stellte diesmal die AfD – einen zur Havelspanne, die nun wirklich kein neues Thema ist, einen zu Toilettenhäuschen, der weitgehend einem regulären Antrag der LINKEN entlehnt war und einen komplett rechtswidrigen, der die Landeshauptstadt auffordern sollte, gegen die Eindämmungsverordnung des Landes zu handeln. Zwei weitere stammten von der CDU – sie wurden noch in der Sitzung für erledigt erklärt und die Anliegen hätten ohne weiteres auch mit einem Telefonanruf in der Verwaltung geklärt werden können. Dieser Mißbrauch von Möglichkeiten, die man als Stadtverordnete\*r hat, ist in meinen Augen Verantwortungslosigkeit. Es ist wichtig, sicherzustellen, dass die demokratischen Gremien auch in der Krise funktionieren. Gerade in der aktuellen Lage sollte das Schaulaufen unterbleiben und sich auf die zwingend erforderlichen Anliegen konzentriert werden!

Sigrid Müller  
Fraktionsvorsitzende

## Hartnäckiges Drängen

Viele Entscheidungen zur Entwicklung der Stadt sind auf Initiative und durch hartnäckiges Drängen von Stadtverordneten ausgelöst und letztlich durchgesetzt worden. Die Stadtverordnetenversammlung hat dafür das Recht und auch die Pflicht, dem Oberbürgermeister Aufträge zu erteilen und die Umsetzung ihrer Beschlüsse zu kontrollieren. Um einige Beispiele aus den letzten Jahren zu nennen: Das ist z. B. der Erhalt des ehemaligen Terrassenrestaurants Minsk, das ohne den zähen Widerstand insbesondere der LINKEN längst abgerissen wäre. Das sind verschiedene Initiativen für eine soziale Wohnungspolitik,



z. B. der Druck zur Einrichtung einer Wohnungstauschzentrale oder zur Erarbeitung einer Satzung für ein Wohnraumzweckentfremdungsverbot. Das sind die freien Uferwege oder der Schutz von Waldflächen. Das ist der Erhalt des Rechenzentrums.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie zäh und ausdauernd man solche Themen verfolgen muss, um letztlich zum Erfolg zu kommen und erinnere mich an manche Situation, wo man die Verwaltung regelrecht zu ihrem Glück zwingen musste. Wenn dann aber ein Ergebnis vorliegt und wie üblich mit einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt wird, dann ist die jeweilige Vorgeschichte vergessen. Ich wünschte mir, dass Verwaltung die Größe hätte, dann auch mal kenntlich zu machen, wer am Erfolg beteiligt war.

Ihr  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

### Rauchfreie Haltestellen

Ein wichtiges Anliegen bereits seit Längerem ist die Durchsetzung eines Rauchverbotes an den Bus- und Bahnhaltestellen im Potsdamer Stadtgebiet. Was an Haltestellen der Deutschen Bahn möglich ist, sollte im Sinne von gesunder Luft für alle auch an den Wartehäuschen der VBB möglich sein. Im Brandenburger Landtag ist auf Initiative der Linksfraktion im Sozialausschuss ein Prüfbericht in Auftrag gegeben worden und nun veröffentlicht. Stadtverordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) fragte dazu den Oberbürgermeister, welche Schlussfolgerungen nun aus diesem Bericht gezogen würden. Baudezernent Bernd Rubelt machte deutlich, dass noch immer eine landesrechtliche Regelung fehle, sodass ein generelles Rauchverbot weiter nicht möglich sei. Die Stadt Potsdam könne aktuell nur an die Freiwilligkeit der Wartenden appellieren.

### Sachstand P+R-Parkplatz Wetzlarer Straße

Bereits vor Weihnachten waren die Bauarbeiten am Park-and-Ride- Parkplatz in der Wetzlarer Straße sehr weit voran gekommen. Teilweise war es sogar bereits benutzbar. Stadtverordneter Sascha Krämer (DIE LINKE) vermisst bislang jedoch noch entsprechende Markierungen und Beschilderungen vor Ort, die für eine offizielle Eröffnung notwendig seien und fragt dies beim Oberbürgermeister nach. Beigeordneter Bernd Rubelt versicherte, dass der Parkplatz ab März entsprechend fertiggestellt würde und nutzbar sei.

### Nutzung des freiwilligen Einsatzes von Kurzarbeitenden städtischer Unternehmen im Gesundheitsamt

Eine wichtige Aufgabe der Gesundheitsämter in der aktuellen Corona-Pandemie ist die Nachverfolgung von Kontakten, die Infizierte bis kurz vor ihrem Test hatten. Das braucht Personal, welches das Gesundheitsamt selbst in Potsdam nicht ausreichend hat. In einer kleinen Anfrage hatte die Stadtverwaltung dargestellt, dass in zahlreichen Tochterunternehmen der Stadt aktuell Kurzarbeit gilt, somit auch das Potential, MitarbeiterInnen zum Beispiel der Bäderbetriebe oder des Hans-Otto-Theaters freiwillig im Gesundheitsamt einzusetzen, wozu auch bereits grundsätzlich Bereitschaft erklärt worden war. Allerdings wäre die Stadt nie proaktiv auf die MitarbeiterInnen zugegangen, um ein solches Vorgehen anzubieten. Stadtverordnete Tina Lange (DIE LINKE) fragte

dazu, wie ein freiwilliger Einsatz der aktuell in Kurzarbeit befindlichen potentiellen Freiwilligen vorangetrieben werden kann. Sozialdezernentin Brigitte Meier machte deutlich, dass diese sich gern freiwillig bei der Stadt melden könnten, jedoch auch weiterhin nicht direkt angesprochen würden. Beispielsweise die SchauspielerInnen im Hans-Otto-Theater bekämen höhere Löhne, als die zusätzlich eingestellten MitarbeiterInnen im Gesundheitsamt, was diese günstiger mache. Ein Aspekt, der laut Brigitte Meier nicht außer Acht gelassen werden dürfe.

### Öffnung der Leipziger Straße für den KFZ-Verkehr

Die Sperrung der Leipziger Straße in Potsdams Mitte bedeutet eine erhebliche Einschränkung und Behinderung des Autoverkehrs. Ende 2020 hatte die Stadt versichert, die Straße zeitnah wieder in eine Richtung für den Autoverkehr freizugeben. Die Sperrung für den Radverkehr ist unterdessen bereits aufgehoben. Stadtverordneter Ralf Jäkel (DIE LINKE) fragt nun nach, wann die Öffnung der Leipziger Straße denn erfolgen würde. Baudezernent Bernd Rubelt verwies darauf, dass bereits von Anfang an kommuniziert worden sei, dass eine Wiedereröffnung erst im Juni diesen Jahres erfolgen könne.

### IEK Schlaatz und Integrationsgarten

Im April vergangenen Jahres hatte die Stadtverordnetenversammlung das integrierte Entwicklungskonzept Schlaatz 2030 beschlossen. In diesem wird auch ein Integrationsgarten eingeplant. Stadtverordneter Sascha Krämer (DIE LINKE) wollte nun wissen, wie die Planungen zu diesem Vorhaben aussehen. Baudezernent Bernd Rubelt versicherte, dass bis Ende März der Standort für einen solchen Integrationsgarten am Schlaatz gefunden und festgelegt ist. Bis zum Sommer wird dann der weitere Zeitplan erarbeitet sein. Sechs Millionen Euro, inklusive Landesmittel, seien eingeplant, für das wichtige Planungsziel Integrationsgarten.

### Steganlagen am Griebnitzsee

Der Wunsch nach einem Uferweg für Alle, statt private Zugänge zum See für nur sehr wenige, ist einer, den DIE LINKE bereits seit Längerem verfolgt, in Einklang mit den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung Potsdam. Leider scheiterte der Wunsch, nach über 30 Jahren Einheit, diese Einheit auch durch frei zugäng-

liche Uferwege in Griebnitzsee wieder zu erlangen unter anderem an den Anwohnern, deren Grundstücke bis ans Ufer des Sees heran reichen. So endet der Spaziergang noch immer an hohen Zäunen. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun mehrheitlich der Prüfung einer Steganlage zugestimmt. Diese Anlage könnte Stege auf dem See bauen, welche die Grundstücke eben jener Anwohner auf dem Wasserweg umgehen können, gedacht als Übergangslösung. Diese wird nun also geprüft, nachdem die Stadt Potsdam bereits mehrfach vor Gericht gegen die Anlieger verloren hatte, die gegen den beschlossenen Bebauungsplan geklagt hatten.

## Potsdam Museum ins KreativQuartier

Potsdam braucht einen Ort für lokale und regionale Kunst. Die Räumlichkeiten des derzeitigen Potsdam Museums sind nicht ausreichend, um die zahlreichen und vielfältigen Exponate dauerhaft auszustellen. Dabei steht der Landeshauptstadt Potsdam, mit ihrer wechselvollen Geschichte, ein sorgfältig kuratiertes Stadtmuseum mit viel Platz gut zu Gesicht. Eine geeignete Lösung, bei der der derzeitige Standort sehr gut mit dem zusätzlichen verknüpft werden kann, ist die Unterbringung der Erweiterung im geplanten KreativQuartier. Dadurch entstehen nicht nur neue zentral gelegene Räumlichkeiten, sondern auch Synergieeffekte mit den dann dort ebenfalls untergebrachten Künstlerinnen und Künstlern der Potsdamer Kreativwirtschaft. Davon können beide Seiten profitieren. Diesem Antrag des Stadtverordneten Sascha Krämer (DIE LINKE) ist mit breiter Mehrheit zugestimmt worden. Die Stadt wird diese Möglichkeit nun prüfen. Der Vorsitzende des Fördervereins des Potsdam Museums Markus Wicke, der als Gast Rederecht bekommen hatte, lobte den Antrag ausdrücklich, was das Anliegen deutlich unterstreicht.

## Erhalt Arbeitsgericht Potsdam

Auf Initiative der Justizministerin des Landes Brandenburg wird aktuell heftig über mögliche Schließungen von Arbeitsgerichtsstandorten diskutiert. Schon die Linksfraktion im Landtag hatte sich deutlich dagegen ausgesprochen, aus sechs Standorten nur noch vier werden zu lassen. Nun beschloss auch die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der LINKEN und Bündnis 90/ Die Grünen einen Antrag, eingebracht von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) in dem der Erhalt des Potsdamer Standortes gefordert wird. Fraktionsübergreifend be-

stand Einigkeit, dass der am stärksten ausgelastete Standort Potsdam erhalten bleiben müsse, schon allein, weil Potsdam sonst die einzige Landeshauptstadt der Republik sei, die kein eigenes Arbeitsgericht hätte. Auch die erheblichen Konsequenzen für das Personal seien nicht ignorerbar, so müssten Potsdamer zukünftig zum Standort nach Brandenburg an der Havel fahren. Nun aber wird mit dem gefassten Beschluss die Landesregierung aufgefordert, die öffentlich gewordenen Pläne nicht weiter zu verfolgen. Die Umsetzung jedoch liegt in den Händen der Justizministerin Susanne Hoffmann von der CDU.

## Erhöhung der Kapazitäten der städtischen Musikschule J. S. Bach

Musikalische Bildung ist gefragt unter Potsdamer Kindern und Jugendlichen. Die städtische Musikschule "Johann Sebastian Bach" ist weit über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus gefragt, wodurch Wartelistenzeiten von bis zu zwei Jahren vorkämen. Das ist kein erstrebenswerter Zustand, findet Tina Lange (DIE LINKE) und brachte darum den Antrag ein, zu prüfen, ob ein dritter Standort eröffnet werden könnte. Das Ausweichen auf private Anbieter könne nicht im Sinne der Stadt sein. Potsdams Finanzbeauftragter Burkhard Exner verwies zwar auf sinkende Steuereinnahmen als Folge aus der Corona-Pandemie, fand mit seinen Zweifeln jedoch kaum Gehör. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung stimmte der Prüfung zu. Wir werden diese kritisch begleiten und das Ziel einer Ausweitung des Angebots für Potsdamer Musikschülerinnen und Musikschüler weiter verfolgen.

## Patenschaft mit der zivilen Seenotrettung

Bereits im Jahr 2018 hatte die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit den Antrag "Sicherer Hafen" beschlossen, in dem sich die Landeshauptstadt Potsdam zum sicheren Hafen für aus Seenot gerettete Geflüchtete erklärt hatte. Diesem Anliegen ist allerdings bis heute nicht nachgekommen worden. Nach wie vor starben Menschen im Mittelmeer, auch, weil europäische Häfen die zivilen Seenotretter nicht anlanden ließen. Mit der nun mit großer Mehrheit beschlossenen Patenschaft der Stadt Potsdam mit den Missionen der zivilen Seenotrettung sollen die Bemühungen nun endlich verstärkt werden. Es werde Verhandlungen beispielsweise mit dem Verein Sea-Eye geben, führte die Stadtverordnete Isabelle Vandre aus, die den Antrag für die Fraktionen LINKE, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und die ANDERE einbrachte.

## Rot-Grün-Rot wirkt!

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Februar 2021 zur Leitung des Fachbereichs Soziales und Inklusion ist der im Sommer 2019 erteilte Auftrag an die Verwaltungsspitze erfreulicherweise erfüllt. Von den insgesamt 21 Fachbereichen werden nun elf von Frauen geführt. Zum Zeitpunkt der Antragsstellung wurden die Fachbereiche zu annähernd 75 % von Männern geführt.

Diese Entwicklung hatte sich Rot-Grün-Rot auf die Fahnen geschrieben: In ihrer Kooperationsvereinbarung heißt es, dass sich SPD, Grüne und LINKE für eine paritätische Besetzung von Führungsfunktionen in der Stadtverwaltung einsetzen werden.

Die Co-Vorsitzende der SPD-Stadtfraktion Dr. Sarah Zalfen warb damals für den Antrag und freut sich über das Erreichen des Ziels: „Wir begrüßen es sehr, dass die Stadtverwaltung mit einer Vielzahl moderner Personalinstrumente die Erhöhung des Anteils von Frauen in den Leitungspositionen so gut vorangetrieben hat. Geschlechterparität widerspricht nicht dem Prinzip der Bestenauslese, das natürlich für die Auswahl gelten muss. Sie ist vielmehr ein wichtiger Baustein darin. Die besten Teams setzen sich aus Bewerberinnen und Bewerbern zusammen, die unterschiedliche Fähigkeiten, Erfahrungen und Sichtweisen mitbringen.“

„Mich freut besonders, dass das Ziel einer paritätischen Besetzung der Fachbereichsleitungen so zügig erreicht werden konnte. Das zeigt, es hat ein echtes Umdenken gegeben. Nun gilt es, diese Entwicklung in einer mit der Stadt weiterwachsenden Verwaltung auch zu stabilisieren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insgesamt weiter zu stärken. Die in der Pandemie unter Druck gewonnenen Erfahrungen können dabei sicher helfen.“, ergänzt Sigrid Müller, Co-Vorsitzende der Linksfraktion.

„Als Bündnisgrüne weisen wir schon lange auf die strukturelle Benachteiligung von Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen auf vielen Ebenen hin“, fügt die Co-Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/die Grünen Saskia Hüneke hinzu. „Wir freuen uns daher sehr, dass in der Landeshauptstadt Potsdam die richtige Richtung eingeschlagen wurde, um diesen Missstand endlich zu beseitigen!“



### 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

MBS Arena Potsdam  
Olympischer Weg 2, 14471 Potsdam  
03. März 2020, Beginn 15 Uhr

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 2/2021

25. März

### Bürgersprechstunde von Stefan Wollenberg Fraktionsvorsitzender

Am 04. März 2021 von 16 bis 18 Uhr  
nur telefonisch!  
Persönliche Termine nach telefonischer Vereinbarung  
01725143825

### Bürgersprechstunde von Dr. Sigrid Müller Fraktionsvorsitzende

09. März 2021 von 10 bis 12 Uhr  
Telefon 0173-6171150

### Bürgersprechstunde Sascha Krämer Fraktionsgeschäftsführer

Am 02. März 2021, von 10:00 bis  
12:00 Uhr; Stadthaus, Raum 3.107,  
Friedrich-Ebert-Straße 79/81  
Unter: Telefon: 0331-2893051  
Mail: dielinke-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

### Rathausreport live

Muss im März aus Infektionsschutzgründen leider entfallen.

## Politik im Ausnahmezustand – Herausforderungen fürs Ehrenamt

Das Jahr 2020 war kein schwieriges, sondern ein dramatisches Jahr für die Gesellschaft, weltweit, und so auch in Potsdam. Der Januar startete mit einer Cyberattacke. Der legte das komplette Internet der Stadtverwaltung und damit die gewohnte und liebgewonnenen Arbeitsweise lahm. Keine E-Mails – rein und raus – keine Onlinerecherche mehr im Rathaus. Anträge und Pressemitteilungen wurden wieder ausgedruckt und persönlich vorbeigebracht, vom Bildschirm wurde abfotografiert und via Messenger weitergeleitet.

Nur kurz blieb Zeit, zur Normalität des politischen Alltags zurückzukehren. Corona folgte nahtlos und damit eine Situation, die wir bisher noch nie hatten: Der Ausnahmezustand. Auch als LINKE fragten wir uns, was tun? Wie politische Arbeit unter Bedingungen einer Pandemie organisieren? Während wir noch überlegten, handelte die Verwaltung, beschloss Maßnahmen, vor allem Einschränkungen. Der Ausnahmezustand ist die Stunde der Exekutive. Und die ehrenamtlichen Politiker? Stehen wir weiter nur als Zuschauer am Spielfeldrand? Einen Großteil der Informationen der Verwaltung lese ich einen Tag später in den Medien. Eine Informationskette, wie sie es bei der ersten Welle ansatzweise kam, gibt es nicht. Kleine Anfragen, Anträge und mündliche Anfragen, unsere verbrieften Rechte als Stadtverordnete, werden von der Verwaltungsspitze als Nichtigkeiten und teils störend angesehen. Von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Themen werden nicht umgesetzt, wichtige Entscheidungen und Aufträge nicht abgearbeitet. Ja, Krisen gelten als die Stunden der Exekutive, das sehen wir auch in Potsdam. Sicher, die Cyberattacke und dann durch Corona verstärkt, geht die Digitalisierung der Verwaltung /Politik voran. Was vorher unmöglich schien, wird heute im Eiltempo umgesetzt: Neue Technik angeschafft, alte umgerüstet. Die politische Arbeit wurde digitaler. Anregungen und Kritik kamen über Telefon, Facebook/Twitter oder E-Mail. Das ist einerseits bequem, das muss ich schon zugeben, aber andererseits auch unpersönlich.



Wie beeinflusst Corona die Arbeit der Stadtverordneten? Sie wurde in den ersten Monaten fast auf null runtergefahren. Öffentliche Fraktionssitzungen waren immer weniger öffentlich. Videokonferenzen sind das Zaubermittel. Das gilt auch für die Ausschussarbeit. Kaum noch ein Treffen, keine Infostände, der „RathausReport live“, an dem wir über unsere Arbeit informieren und mit Bürgerinnen diskutierten, fällt aus. Fachtermine, Gesprächsrunden und Veranstaltungen in Kultur und Sport werden abgesagt, persönliche Gespräche finden selten statt. Die Politik verliert ihr menschliches Gesicht.

Das Ehrenamt ist generell nicht einfach, in Zeiten der Pandemie jedoch extrem schwer. Trotz aller notwendigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens nicht aufgeben, das ist die Herausforderung für Menschen im Ehrenamt heute.

SASCHA KRÄMER  
STADTVERORDNETER FÜR DIE  
FRAKTION DIE LINKE

TEXT ERSCHIEN ZUERST AM 26.01. IN DER MAZ

## RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Stefan Wollenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam